

Stromversorgung zwischen Schwarzwald, Neckar und Schwäbischer Alb

Von Rainer Lächele

Die Geschichte des Zweckverbands Oberschwäbische Elektrizitätswerke ist bislang vielfach aus dem Blickwinkel seiner oberschwäbischen Initiatoren geschrieben worden. Nur selten schweifte der Blick in das westliche Verbandsgebiet. Früh dachten jedoch die OEW über die Grenzen Oberschwabens hinaus. Im OEW-Jubiläumsband von 1939 findet sich beispielsweise die Feststellung, dass die ältesten Elektrizitätswerke im Bereich der OEW schon 1893 in Betrieb gingen, und zwar im hohenzollerischen Ort Laucherthal.¹ Schon wenige Jahre nach dem ersten württembergischen Wasserkraftwerk in Cannstatt (1888) hatte das Hüttenwerk Laucherthal, modernstes Unternehmen Hohenzollerns, ein Elektrizitätswerk erbaut, das seit 1893 Schloss und Stadt Sigmaringen, die Ortschaft Laucherthal, aber auch die Werkstätten des Hüttenwerks mit Licht versorgte.²

<Abb.: Karte OEW 1911, WABW 2010 Bü 288>

Dieser Beitrag wird eine Antwort auf die Frage geben, warum sich das originär oberschwäbische Unternehmen OEW gen Neckar und Schwarzwald ausdehnte. Auf welche Weise erfolgte die Vergrößerung über Hohenzollern in den Westen Württembergs? Der Beitrag wird den Anschluss der hohenzollerischen Oberamtsbezirke (1913), der Oberamtsbezirke Reutlingen und Urach (1920), des Bezirksverbands Heimbachkraftwerk (1931) und schließlich des Kreises Rottweil (1938) an die OEW untersuchen. Im Falle Rottweils wurde exemplarisch die Entwicklung der Stromversorgung vor dem Anschluss an die OEW skizziert.

Hohenzollern – Beitritt zu den OEW mit Hindernissen

„Eingeklemmt“ zwischen dem Großherzogtum Baden und dem Königreich Württemberg lagen nach 1815 die beiden Fürstentümer Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen. Aus ihnen ging 1850 der preußische Regierungsbezirk Sigmaringen hervor, der bis nach dem Zweiten Weltkrieg den Rang einer preußischen Provinz besaß. 1925 wurden die Oberamtsbezirke Gammertingen, Haigerloch, Hechingen und Sigmaringen zu den beiden

Landkreisen Hechingen und Sigmaringen zusammengefasst.³ Länger als andernorts in Süddeutschland spielte in der Wirtschaft Hohenzollerns die Landwirtschaft eine tragende Rolle, wie auch Industrie und Dienstleistungen längere Zeit auf niedrigem Niveau verharrten. Gewiss bestanden innerhalb Hohenzollerns Unterschiede, da das Unterland um Hechingen durch Verkehrslage und Bevölkerungsstand in der gewerblichen Entwicklung begünstigt war. Gewerbe bedeutete in Hohenzollern mit den Ausnahmen der Textilindustrie und der Metallverarbeitung vor allem Handwerk und Kleinbetriebe.⁴

<Abb.: Broschüre „Zur Frage der Errichtung ...“>

Mit dem Erscheinen der Broschüre „Zur Frage der Errichtung einer großen elektrischen Ueberlandzentrale auf genossenschaftlichem Wege für die Bezirke Biberach, Blaubeuren, Ehingen, Münsingen und Riedlingen sowie eventuell Gammertingen (Hohenzollern)“ im Jahre 1908 stand erstmals der Anschluss eines hohenzollerischen Ortes, Gammertingen im Regierungsbezirk Sigmaringen, auf der Agenda. Die Schrift mit dem einigermaßen umständlichen Titel aus dem Jahre 1908 hatte ihren Ursprung in dem Projekt einer Überlandzentrale der Firma Gebrüder Otto in Dietenheim, das im Dezember 1907 veröffentlicht wurde. Vertreter der Oberämter Biberach, Laupheim, Leutkirch sowie der bayerischen Bezirke Illertissen und Memmingen-Land diskutierten über eine große Überlandzentrale und gründeten einen Ausschuss unter Leitung von Oberamtmann Hugo Stiefenhofer, Biberach. Vereinigt mit den Munderkinger Aktivisten, die aus den Bezirken Münsingen, Riedlingen, Biberach, Blaubeuren und Ehingen stammten, beschäftigte man sich mit einer Nutzung von Donau und Iller für die Stromerzeugung und warb mit der erwähnten Broschüre für das große Vorhaben.⁵

Die ersten Sätze dieser Schrift gehören viel zitiert zur Geschichte der OEW: „Die zunehmende Leutenot auf dem Lande und das stets wachsende Bedürfnis nach einer billigen Arbeitskraft und bequemen und brauchbaren Beleuchtungsart veranlasste gleichzeitig in verschiedenen Gegenden Bestrebungen zur Ausnützung der vorhandenen Wasserkräfte zur Gewinnung von elektrischer Kraft. Eine gemeinsame Besichtigung der Herrenberger Anlage durch die Vertreter verschiedener Oberämter zeigte die Vorteile der elektrischen Kraft für Beleuchtungszwecke, landwirtschaftliche, gewerbliche Groß- und Kleinbetriebe und brachte den Gedanken zur Reife, nach dem Muster des dortigen Unternehmens den Bezug des elektrischen Stromes gemeinschaftlich zu organisieren.“⁶

Mit der „Herrenberger Anlage“ war das erste kommunale Überlandwerk Württembergs auf Basis einer Genossenschaft gemeint, die „Elektrische Kraftübertragung Herrenberg eGmbH“. Am 23. September 1905 von 37 Gemeinden im Herrenberger Oberamtsbezirk gegründet,

besaß sie im Jahr 1908 Vorbildcharakter für die Zeitgenossen; selbst bei der Gründung der OEW spielte der Gedanke einer Genossenschaft noch eine Rolle.⁷

<Abb.: Herrenberg>

Weiter hieß es dann in der Broschüre: „Elektrische Kraft bedeutet ganz entschieden eine nicht zu unterschätzende Verbesserung und Verbilligung der Arbeitskraft; je dichter das Netz der Teilnehmer und je stärker die Abnahme ist, desto billiger kann der elektrische Strom geliefert werden, und ebendeshalb sollten alle diejenigen Landwirte, Kleingewerbetreibende und Handwerker, welche in ihren Betrieben fremde Arbeitskräfte irgend welcher Art benötigen, geschlossen sich dem geplanten genossenschaftlichen Unternehmen anschließen und zu ihrem Teil mitwirken, dass der Gedanke recht bald in die Tat umgesetzt wird.“⁸

Dies alles konnte auch die hohenzollerischen Gebiete interessieren. Nicht nur Gammertingen, sondern auch die hohenzollerischen Oberämter Hechingen und Sigmaringen verfolgten im Sommer 1908 angeregt eine mögliche Beteiligung an dem Projekt.⁹ Die Situation konkretisierte sich im Juni 1910, als das Oberamt Tettnang mit dem Oberamtmann in Gammertingen in Verbindung trat, um einen Anschluss an die OEW zu erörtern. Am 16. Juli 1910 übersandte der Beamte Schrader eine „Zusammenstellung der im hiesigen Oberamtsbezirke [Gammertingen] im Betrieb befindlichen Elektrizitätswerke nebst den von den einzelnen Werken ausgefüllten Formularen“ – nicht ohne noch zu bemerken: „Im hiesigen Bezirk ist niemals ein Plan für eine gemeinsame Elektrizitätsversorgung entworfen worden.“¹⁰

Auch das Oberamt Hechingen beteiligte sich an dieser Umfrage. An diesem Beispiel lässt sich gut zeigen, wie es im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts um die Versorgung mit elektrischem Strom in diesem Gebiet bestellt war. Als Pionier der Stromversorgung im Oberamt ist die Firma Baruch und Söhne anzusehen, die seit 1886 Strom erzeugte, und zwar immerhin 45 PS. 1895 folgte ihr die Württembergische Hohenzollern-Brauerei mit 10 PS. Zwischen 1902 und 1906 stießen zu diesem exklusiven Kreis noch Karl Grotz, die Trikotindustrie A. G., Levi und Co. sowie Wilhelm Leiter.¹¹ Das Unternehmen Baruch und Söhne hatte sich 1846 in Hechingen niedergelassen und beschäftigte in seiner Färberei, Spinnerei und Weberei schon 1851 mehrere hundert Menschen. Von seinen 500 Webstühlen standen 150 in Hohenzollern. 1854 nutzte es u. a. eine Dampfmaschine mit 10 PS.¹²

<Abb.: Elektrizitätswerk Hechingen>

Gleichfalls im Oberamtsbezirk Hechingen befand sich die Hohenzollerische Schuh-Industrie AG, und zwar in Stetten bei Hechingen. Ihr kleines Elektrizitätswerk konnte bis zu 400 Lampen zum Leuchten bringen, angetrieben durch eine Dampfmaschine mit 35 PS. Das Unternehmen benötigte elektrisches Licht vom 30. September bis zum 15. April.¹³ Eine hohe Motorisierung wies die Hechinger Trikotagenindustrie auf. Sämtliche acht Webereien waren 1892 schon mit Dampfmaschinen oder Benzinmotoren ausgestattet.¹⁴ 1902 wurde von einem Ebinger Textilfabrikanten in einer Mühle bei Veringendorf ein Elektrizitätswerk errichtet und der Strom über 17 km nach Ebingen geleitet. Schließlich finden sich noch vor dem Ersten Weltkrieg eine Reihe von kleinen Wasserkraftwerken im Laucherttal, aber auch in Straßberg an der Schmeie, Igelswies und Sigmaringen.¹⁵

Der geplante Beitritt der hohenzollerischen Oberamtsbezirke zu den OEW löste einigermaßen Unruhe aus. Zeigen lässt sich das an einem Artikel, der am 27. Dezember 1911 in der Hohenzollerischen Volks-Zeitung erschien: „Auch in Hohenzollern erscheint uns Vorsicht und Zurückhaltung des geplanten Riesenunternehmens *sehr* am Platze zu sein, wenigstens solange, bis die württembergische *Staatsregierung* die Rentabilität des noch ausstehenden Gutachtens geprüft hat. Es handelt sich um gewaltige Summen, für deren Verzinsung unsere Amtskorporationen mitgarantieren sollen. Wenn jetzt schon unter Hinweis auf glänzende Projekte (wie das der Stuttgarter Wasserversorgung) unsere *Gemeindevertretungen* sich *unverzüglich* zum Anschluß an das Werk verpflichten sollen, so erheben wir davor laute Warnung und raten dringendst, die Entscheidung so lange hinauszuschieben, bis einwandfrei feststeht, dass eine Verzinsung der 20 und mehr Millionen (die die Landwirtschaft unmöglich allein aufbringen kann) aus *Verpflichtungen* der Industriellen und Großunternehmern gesichert erscheint.“¹⁶ Solche Argumente hörte man nicht selten auch in Oberschwaben, wenn auch ohne die Stuttgarter Landeswasserversorgung zu thematisieren, deren Gründung 1912 erfolgte.

Fraglos bedeutete dies für die Befürworter der OEW eine Provokation. OEW-Verbandsvorsitzender Dr. Otto Bockshammer empfahl dem Sigmaringer Oberamtmann, eine Entgegnung folgenden Inhalts zu veröffentlichen: „Der lärmende Aufruf, der mit einem beträchtlichen Kostenaufwand in fast allen Blättern des Versorgungsgebiets des Bezirksverbands erschienen ist, stammt von den zur Genüge bekannten Gegnern des gemeinnützigen Unternehmens. Es ist also vielmehr den *Lesern* des Aufrufs Vorsicht und Misstrauen anzuempfehlen. Es ist von je her von den Leitern des Bezirksverbands auf das Bestimmteste erklärt und unter anderem auch in der kleinen Flugschrift des Verbands vom Februar 1911 versichert worden, dass die Ausführung des großen Unternehmens nur dann empfohlen werden kann, wenn jeder vernünftige Zweifel an der Rentabilität beseitigt ist. Tritt dieser Fall ein und kann sich die Mehrheit von 12 oder mindestens einer großen Zahl der

Amtsversammlungen des Verbandsgebiets davon überzeugen, dass Zweifel an der Rentabilität nicht mehr berechtigt sind, – und dies trotz der maßlosen Hetze gegen das Unternehmen – so sollten doch wirklich die Bedenken vor der Mithaftung für die Verzinsung des Unternehmens nicht mehr so groß sein. Kommt das Unternehmen aber nicht zu Ausführung oder verzögert sich die Entscheidung wider alles Erwarten über den 1. September 1912 hinaus, so ist ja der Konzessionsvertrag mit den Gemeinden hinfällig. Daß die Landwirtschaft allein mit ihrer Stromabnahme zur Verzinsung und Tilgung eines Anlagekapitals von gegen 20 Millionen nicht ausreicht, ist von allen an den Vorarbeiten Beteiligten von Anbeginn an als selbstverständlich erklärt und auch z. B. in der angeführten Flugschrift [...] betont worden.“¹⁷

Fraglos zeigten sich hier die Ängste der Bevölkerung vor einem kaum überschaubaren Projekt, was angesichts der damals materiell vielfach schlecht ausgestatteten Kommunen nicht völlig von der Hand zu weisen war. Auch im Sommer 1912 waren diese Befürchtungen noch nicht ausgeräumt. Die Handelskammer Sigmaringen wandte sich gegen Gerüchte, dass insbesondere die Gewerbetreibenden des Oberlandes einer Überlandzentrale negativ gegenüberstünden. Man wollte daher in den Mitteilungen für Landwirtschaft und Gewerbe positive Stimmung für das Projekt machen: „Um jedoch die Handwerker und Gewerbetreibenden des Landes möglichst für den Plan der Überlandzentrale gewinnen zu können, wäre es gut, wenn wir denselben in Aussicht stellen könnten, dass sie beim *Bau der Leitung etc. in Hohenzollern* soweit als möglich sich beteiligen können.“¹⁸ Das war kein ungeschickter Schachzug der Handelskammer. Doch was meinten die OEW dazu? Sie betonte, dass „die zuständigen Verbandsorgane ohne jeden Zweifel die ansässigen Gewerbetreibenden bei der Vergebung von Arbeiten und Lieferungen für den Bezirksverband so viel als möglich berücksichtigen werden“. Freilich müssten auch die Bezirksverbände die „staatlichen Bedingungen über öffentliche Submissionen“ beachten, wengleich unter „Berücksichtigung der besonderen örtlichen Verhältnisse“.¹⁹

<Abb.: Art. Hohenzollerische Volkszeitung vom 27.12.1911>

In Sigmaringen mussten noch einige Hürden auf dem Weg zu den OEW genommen werden. Am 30. August 1912 kam es in der Amtsversammlung zum Eklat. In Anwesenheit fast der gesamten OEW-Führung – Oberamtmann Dr. Otto Bockshammer, Oberbaurat Gugenhan, Direktor Jakob Dübendorfer und der Stuttgarter Ingenieur Emil Wahlström – forderte der Sigmaringer Amtsrichter Dr. Belzer den Ausschluss der Sachverständigen von der Sitzung. Andernfalls würde er die Beschlüsse der Amtsversammlung anfechten. Dr. Bockshammer versuchte die Gemüter mit der Erläuterung zu beschwichtigen, dass alle württembergischen Amtsversammlungen eine sachverständige Beratung gehabt hätten. Doch vergebens: Die

Sachverständigen mussten die Versammlung verlassen, die daraufhin abgebrochen wurde.²⁰ Schon dieser Vorfall zeigt, wie emotional die Diskussion über eine Überlandversorgung geführt wurde. Dafür spricht auch, dass aufgrund der vielen positiven wie negativen Stellungnahmen die Hohenzollerische Volks-Zeitung seit Mitte September 1912 keine Leserbriefe zu diesem Thema mehr abdruckte.²¹

Nicht alle Menschen in Hohenzollern dachten so wie die Vertreter der Amtsversammlung. Der Mühlenbesitzer und Stromerzeuger Albert Kaiser in Krauchenwies teilte z. B. die Begeisterung über die geplante Überlandzentrale der OEW: „Ich habe nämlich herausgefunden, das meine kleine Wasserkraft viel zu gering ist, um den Ansprüchen der hiesigen Gemeinde bei der Versorgung mit elektrischem Strom zu genügen. Ich wäre also gezwungen, eine Reservekraft zuzulegen, was die Rentabilität, die sowieso schon in Frage gestellt ist, noch weiter herunter drücken würde. Meine kleine elektrische Anlage würde also für Einführung der Überlandzentrale kein Hindernis bedeuten, da ich bereit wäre, mich selbst als Großabnehmer anzuschließen oder meine Anlage an die Überlandzentrale zu verkaufen. [...] Es wäre mir deshalb erwünscht, wenn ich in Bälde schon auf Anschluß an die Überlandzentrale rechnen dürfte, jedoch vorerst ohne jede Verbindlichkeit.“²² Solche Stimmen wurden in Biberach sicherlich gerne vernommen, wie auch das freundliche Interesse gekrönter Häupter: „Seine Königliche Hoheit Fürst Wilhelm von Hohenzollern haben, wie mir von Herrn Geheimen Regierungsrat Longard mitgeteilt worden ist, die Gnade gehabt, für das vom Bezirksverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke geplante Unternehmen wiederholt lebhaftes Interesse zu bekunden.“ Keine Frage war, dass die OEW dem Fürsten wie auch dem Sigmaringer Hofmarschall von Wangenheim ein Exemplar der Denkschrift von 1912 zukommen ließen.²³

Am 14. Juli 1913 tagte die Amtsversammlung des Oberamtsbezirks Sigmaringen. Einziger Tagesordnungspunkt war der Abschluss des Vertrages zwischen dem Bezirksverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke und dem Oberamtsbezirk Sigmaringen, der den Anschluss der Oberamtsgemeinden an die OEW zum Gegenstand hatte. Die Versammlung stimmte mit 16 gegen zwei Stimmen dem Vertrag zu. Der gesamte Oberamtsbezirk sollte an die OEW angeschlossen werden, abgesehen von den Exklaven Igelswies, Thalheim, Bärenthal und Beuron.²⁴ Regierungsrat Longard in Sigmaringen konnte den „aufrichtigen Glückwunsch zu dem nunmehrigen so günstigen Abschluß der dortigen mühevollen Vorbereitungsarbeiten“ entgegennehmen.²⁵ Am 1. August versicherten die OEW den Sigmaringern, dass der Aufbau des Stromnetzes unverzüglich beginnen werde.²⁶

Die große Bedeutung des Anschlusses der hohenzollerischen Gebiete an die OEW kann erst im Kontext weiterer Faktoren angemessen gewürdigt werden. Die flächendeckende

Versorgung mit Elektrizität ergänzte zum einen die zwar späte, aber doch wirksame Erschließung des Landes durch die Eisenbahn, die für die Arbeiterpendler, den Transport von Rohstoffen wie auch von fertigen Produkten eine nicht zu unterschätzende Rolle spielte. Unterstützend wirkte sie auch neben dem Straßenbau samt LKW- bzw. Busverkehr und dem Ausbau der öffentlichen Wasserversorgung auf Landwirtschaft wie Industrie. Ein erster Markstein war der Bau des Verbandswasserwerks Gammertingen im Jahr 1907 gewesen.²⁷

Schon 1920 zu den OEW gestoßen: Reutlingen und Urach

Viele Jahre vor dem Beitritt des Oberamtes Reutlingen zu den OEW wurden schon erste Gespräche zu diesem Thema geführt. Auf Anregung des Tettnanger Oberamtmanns Dr. Otto Bockshammer trafen am 20. Juli 1910 Freiherr von Stauffenberg, Ingenieur Dübendorfer und Regierungsrat Zorer aus Reutlingen im Büro von Ingenieur Wahlström in Stuttgart zusammen. Thema war der Anschluss von zehn Albgemeinden im Bezirk Reutlingen an die OEW. Der Vertreter Reutlingens wies darauf hin, dass die betreffenden Gemeinden nicht als Gemeindeverband den OEW beitreten würden, sondern als Stromabnehmer. Denn die Amtskörperschaft Reutlingen würde niemals die Haftung für einen Gemeindeverband übernehmen. Überdies seien die größten Gemeinden des Oberamts – wie Pfullingen, Eningen, Betzingen, Unterhausen und Honau – längst mit elektrischem Strom versorgt. Diesen Vorschlag akzeptierten die Vertreter der OEW. Sie argumentierten, dass im Gegenzug die Gemeinden jedoch einen etwas höheren Preis bezahlen müssten, um die Kosten der Stromproduktion zu decken. Darüber hinaus müsste als Voraussetzung für den Anschluss an die OEW in dem neuen Bezugsgebiet auch ausreichend Strom abgenommen werden.²⁸

Gleichwohl dauerte es noch fast zehn Jahre, bis die Reutlinger Strom von den OEW bezogen. Als Verbindungsmann zwischen der Reutlinger Amtsversammlung und den OEW fungierte der Reutlinger Regierungsrat Kommerall, der seit Sommer 1920 mit dem Tettnanger Amt in Verbindung stand.²⁹ Am 22. November 1920 wurde in Reutlingen der Beitritt zum Bezirksverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke Wirklichkeit. Die Amtsversammlung fasste an diesem Tag den entsprechenden Beschluss.³⁰

<Abb.: Reutlingen?>

Über den Beitritt des Oberamts Urach zu den OEW weiß man nur wenig. Sicher ist jedoch, dass Ministerialrat Dr. Michel vom Innenministerium nach Verhandlungen über einen Beitritt Urachs zum Bezirksverband Neckar-Enzwerke einen Anschluss an die OEW vorschlug. Die

Uracher Amtsversammlung stimmte am 16. Juni 1920 über diesen Plan ab. Dabei wurde deutlich, dass Urach als einziger Oberamtsbezirk, dessen Gemeinden von den OEW mit Strom versorgt wurden, dem Bezirksverband noch nicht beigetreten war. Der Bezirksrat befürwortete den Beitritt des Oberamtsbezirks zu den OEW. Die Mehrzahl der beteiligten Gemeinden jedoch wollte sich dem Risiko zusätzlicher Kosten nicht aussetzen und verweigerte am 16. Juni 1920 den Beitritt der Amtskörperschaft. Da sich der Anschluss an die OEW schon geraume Zeit verzögert hatte, planten die Gemeinden, sich durch das Kraftwerk der Firma Mäule und Späth in Seeburg mit Strom versorgen zu lassen.³¹

Bis zu einer Entscheidung sollte noch einmal ein halbes Jahr vergehen.³² Wenige Tage vor Weihnachten 1920 wurde bekannt, dass mittlerweile die Gemeinde Glems einen Stromlieferungsvertrag mit den Neckarwerken abgeschlossen hatte. Dieser im Einverständnis mit den OEW vollzogene Schritt stellte jedoch kein Hemmnis für die Verhandlungen dar. Vielmehr hatten viele Kommunen im Oberamt erhebliche Schwierigkeiten mit den hohen Preisen der Stuttgarter Installationsfirma Elektra, die von den OEW beauftragt war. Unter Beteiligung der Gemeinden Metzingen, Grabenstetten, Nürtingen und Sirchingen wurde eine Kommission mit einem unabhängigen Gutachter gebildet. Damit war der Weg frei für den Beitritt der Amtskörperschaft Urach zu den OEW, der am 18. Dezember 1920 beschlossen wurde.³³

Ein bemerkenswerter Aspekt der „Beitrittswelle“ waren die Bedenken etlicher Oberämter, woher denn der Strom für die neuen Mitglieder der OEW kommen sollte. Der Bezirksverband beruhigte umgehend seine Mitglieder mit dem Argument, dass das Ziel nicht in einer Erhöhung des Stromabsatzes liege. Vielmehr sollten die bereits von den OEW mit Strom versorgten Gemeinden in den neu beigetretenen Bezirken eine rechtliche Vertretung in den Organen des Bezirksverbands erhalten. „Außerdem wird in der am 22. ds. Mts. In Ravensburg stattfindenden Amtsversammlung eine erhebliche Vergrößerung des Dampfkraftwerkes Ulm beantragt werden und es wird im Frühjahr 1922 die erste Stufe der Illerwasserkräfte in Betrieb genommen werden können, sodass in absehbarer Zeit mit einer besseren Versorgung der jetzigen und künftigen Stromabnehmer sicher zu rechnen ist.“³⁴

Lange verhandelt und beschlossen: das Heimbachkraftwerk und die OEW

Das Thema „Bezirksverband Heimbachkraftwerk“ nimmt in diesem Beitrag eine Sonderstellung ein. Nicht der Beitritt eines Oberamtsbezirks zu den OEW stand hier zur Diskussion, sondern die Vereinigung von zwei Bezirksverbänden.

Die Anfänge des Bezirksverbands Heimbachkraftwerk hängen eng mit dem 1904 von privater Seite gegründeten Elektrizitätswerk Glatten im Nordschwarzwald zusammen, das nach teils dramatischen Zeiten erfolgreich die umliegenden Ortschaften, darunter auch Freudenstadt, mit Strom belieferte. Nach dem Ersten Weltkrieg versorgte Glatten bereits 70.000 Abnehmer. Die wachsende Nachfrage und die verkehrungünstige Lage – die Kohle für das Werk musste die extrem steile Schopflocher Steige heruntergebracht werden – veranlasste die vier Oberämter Horb, Sulz, Freudenstadt und Oberndorf, an der Glatt ein großes Wasserkraftwerk gemeinsam in Betrieb zu nehmen. Zu diesem Zweck wurde um die Jahreswende 1919/20 mit Unterstützung des württembergischen Innenministeriums der Bezirksverband Heimbachkraftwerk ins Leben gerufen.³⁵

Warum überhaupt sollten sich große Versorgungsunternehmen vereinigen? Wie bei jeder Unternehmensfusion erhofften sich die Beteiligten eine höhere Wirtschaftlichkeit. Mit Bezug auf die Elektrizitätsunternehmen hieß es, dass die Stromerzeugungs- und Stromverteilungsanlagen der vielen kleinen und großen Stromproduzenten im Land nicht so genützt würden wie gewünscht. Durch einen Zusammenschluss würden sich diese Probleme sicherlich vermindern.³⁶ Darüber hinaus erwarteten sich die Beteiligten bessere Möglichkeiten der Geldbeschaffung, einen günstigeren Strombezug, preiswerteren Materialeinkauf sowie eine Vereinfachung der Betriebsführung.³⁷ Ein weiterer, wichtiger Grund darf nicht aus dem Blick geraten. Elektrischer Strom war ein begehrter Artikel mit großem Wachstumspotenzial. Einige Zahlen aus dem OEW-Gebiet belegen dies eindrücklich. Waren 1924 dort 21.275 Elektromotoren ans Netz angeschlossen, brummten 1927 schon 29.300 Stück. Aus 418.264 Elektroherden (1924) waren drei Jahre später 545.000 geworden. Und die Zahl der Wärmeapparate hatte sich im selben Zeitraum von knapp 8.000 auf 17.000 erhöht.³⁸

<Abb.: 3693 und 3691>

Schon seit 1922 arbeiteten OEW und Heimbachkraftwerk in der Form zusammen, dass die OEW als Stromlieferant auftraten und eine „gegenseitige Aushilfestromlieferung“ vereinbart war.³⁹ Weit darüber hinaus gingen jedoch Überlegungen, die über eine große Fusion der Stromversorger in Württemberg Ende der 1920er Jahre angestellt wurden. Erstmals wurde das Thema „Fusion“ zwischen OEW und dem Bezirksverband Heimbachkraftwerk im Mai 1927 in Freudenstadt konkret erörtert. Baurat Edwin von der Burchard (Technischer Direktor des Bezirksverbands Heimbachkraftwerk), Direktor Adolf Pirrung und Regierungsbaumeister Hans Christaller diskutierten drei Möglichkeiten einer Zusammenarbeit von OEW und HKW. Zum einen den Zusammenschluss der Netze und die gegenseitige Stromlieferung, auf der anderen Seite eine Interessengemeinschaft und zum dritten eine Fusion beider Verbände.

Letztere Lösung erschien den Diskutanten schon damals als die beste, wenngleich man sich einig war, dass die Vertreter der Kommunen dagegen erbitterten Widerstand leisten würden.⁴⁰ Gleichwohl stand die Idee eines Zusammenschlusses aller kommunalen Überlandwerke in Württemberg nach wie vor im Raum, und im Frühjahr 1929 schien dieser Zusammenschluss nur noch eine Frage der Zeit zu sein.

Anders als heute war die Elektrizitätswirtschaft damals eine schnell wachsende Branche. 1929 verbrauchte Württemberg 650 Mio. kWh; für 1934 rechnete man bereits mit einer Mrd. kWh. Eine Kommission des württembergischen Innenministeriums bereitete diese Vereinigung vor, scheiterte jedoch an dem heftigen Konflikt zwischen den OEW und der RWE. Letztere besaß als größtes deutsches Elektrizitätsversorgungsunternehmen Deutschlands Einfluss auf württembergische Energieversorger wie das Großkraftwerk Württemberg (GROWAG), die Kraftwerk Altwürttemberg AG (KAWAG) und die Württembergische Sammelschienen-AG (WÜSAG). Die RWE war für die OEW der Hauptvertreter „außerwürttembergischer Einflüsse“ auf die Stromversorgung Württembergs.⁴¹ Die Formierung einer Interessengemeinschaft zwischen den Gemeindeverbänden Aistaig, Enzberg, Öhringen, Teinach und Tuttlingen, die einen Freundschaftsvertrag mit der GROWAG und der KAWAG geschlossen hatten, spielte ebenfalls eine wichtige Rolle.⁴² Eine Bündelung der gesamten württembergischen Stromversorgung war somit fürs Erste obsolet geworden.

Verstärkt wandte man sich seitens der OEW einer anderen Strategie zu, der Fusion zwischen OEW und Heimbachkraftwerk, über die seit Februar 1929 diskret beraten wurde.⁴³ Den Ausschlag, das Projekt nunmehr konkret anzugehen, gab der württembergische Staatspräsident Eugen Bolz, der auf einer Sitzung am 8. April 1929 den Zusammenschluss der kommunalen Überlandwerke in Württemberg forderte. Der Verwaltungsrat des Bezirksverbands Heimbachkraftwerke befasste sich 1929 in vier Sitzungen mit dem Thema und arbeitete eine Denkschrift dazu aus.⁴⁴

<Abb.: Eugen Bolz Ende der 1920er Jahre, LMZ>

Ursprünglich war in diesem Bund auch der Stromverband Jagstkreis mit von der Partie gewesen. Zudem dachte man über den reinen Betrieb von Elektrizitätswerken hinaus: „Der Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Elektrizitätswerken, Gaswerken, Wasserwerken und öffentl. Verkehrsunternehmungen und von hiemit zusammenhängenden Unternehmungen, sowie die Beteiligung an solchen Unternehmungen in jeder zulässigen Form.“ So lautete Paragraf 3 im Entwurf des Gesellschaftsvertrages.⁴⁵ Gegründet werden sollte eine „Vereinigte Elektrizitätswerke

Württemberg GmbH“ mit Sitz in Stuttgart, deren Ziele lauteten: „Der Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Elektrizitätswerken und anderen hiemit zusammenhängenden Unternehmungen, sowie die Beteiligung an solchen Unternehmungen in jeder zulässigen Form.“⁴⁶

Aus welchen Gründen der Stromverband Jagstkreis in Ellwangen letztlich nicht beteiligt wurde, lässt sich aus den Akten nicht klären. Die Überlegung, der neuen Gesellschaft die Form einer GmbH zu geben, scheiterte am scharfen Widerspruch der Stuttgarter Ministerialbehörden. Die Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung erkannte klar, dass mit der Gründung einer GmbH der Charakter eines Bezirksverbands aufgegeben werde. Entscheidend war dabei das Argument, dass die Organe des Bezirksverbands keinen direkten Einfluss auf das Unternehmen mehr besaßen. Bezirksverband und Amtskörperschaften blieben nur noch „Träger von Schuldenlasten und Haftungsverbindlichkeiten“. Eine GmbH unterliege zudem keiner staatlichen Kontrolle. Schließlich erstrebe ein Bezirksverband als gemeinnütziges Unternehmen keinen Gewinn, während die GmbH Gewinne erzielen müsse.⁴⁷

<Abb.: KW Bettenhausen, ca. 1925, und KW Bettenhausen [Kinder]>

Am 1. April 1930 tagten die Verwaltungsräte beider Zweckverbände. Am 13. Juni 1930 trafen dann die Amtskörperschaften Freudenstadt, Horb, Sulz und Oberndorf im „Lindenhofsaal“ in Horb zusammen. Die Delegierten erhielten durch die Vorführung eines Films einen plastischen Eindruck der drei Wasserkraftwerke der OEW, die 150 Mio. KWh pro Jahr erzeugten.⁴⁸ Sie beschlossen die Auflösung ihres Verbands und erklärten den Beitritt zu den OEW. Von gewissem Interesse sind dabei die Abstimmungsergebnisse. Die Amtsversammlungen von Horb und Oberndorf waren einstimmig für die Fusion. In Freudenstadt gab es eine Gegenstimme, in Sulz waren immerhin sieben von 29 Mitgliedern dagegen.⁴⁹ Woher die Gegenstimmen in Sulz rührten, ließ sich leider nicht klären. Die Fusion zwischen dem Bezirksverband Heimbachkraftwerk und den OEW trat zum 1. Januar 1931 in Kraft.⁵⁰ Dabei zeigte sich, dass noch viele Detailfragen geklärt werden mussten. Die Aufsichtsbehörde, die das Ganze zu genehmigen hatte, war mit der Überprüfung des Zusammenschlusses ein halbes Jahr lang beschäftigt.⁵¹

<Abb.: Foto Grenzer vom 14.6.1930 (KA RW, Az. 1851, Bü 6)>

Trotzdem vermerkte die OEW-Zeitung mit einem gewissen Stolz: „Dadurch ist ein gemeinsames Versorgungsgebiet entstanden, das von der Iller bis zum Kniebis und vom Bodensee bis zu den Nordabhängen der Schwäbischen Alb reicht und einschließlich

Hohenzollerns mehr als 40 % der Gesamtfläche des Landes Württemberg umfasst. Die Einwohnerzahl dieses Gebiets beträgt nach der letzten Volkszählung 714 081, von denen rund 450 000 Einwohner vom Bezirksverband unmittelbar versorgt sind.“ Die Vereinbarung hatte zur Folge, dass das Heimbachkraftwerk sein gesamtes Vermögen an die OEW übertrug. Freilich kam man den Amtskörperschaften Freudenstadt, Horb, Oberndorf und Sulz, denen einst das Heimbachkraftwerk gehört hatte, entgegen. Ihnen wurden einflussreiche Positionen in den OEW zugestanden, und Freudenstadt sollte auch eine Geschäftsstelle der OEW behalten. Die Strompreise und Lieferungsbedingungen wurden für fünf Jahre eingefroren sowie alle Angestellten und Beamten in die Dienste der OEW übernommen.⁵²

Freilich handelte es sich bei dem Zusammenschluss nicht um eine Vereinigung gleich starker Partner. Wer David und wer Goliath war, wird klar, wenn man sich die Zahlen vor Augen führt. Die OEW verfügten über 3.255 km Freileitungen, das HKW nur über 540 km. Beim HKW waren 29 Beamte und Angestellte beschäftigt, bei den mächtigen OEW 272. Schließlich machten die OEW 1929 einen Bruttogewinn von fast 2,6 Mio. RM, das HKW dagegen knapp 300.000 RM.⁵³

<Abb.: StAL, E 180 II Bü 2286 Quadr 245 S-4.tif: Beitrittsvertrag Heimbachkraftwerk, 26.12.1930>

In der Öffentlichkeit wurde dieser Zusammenschluss wohl nur partiell wahrgenommen. Der Anzeiger vom Oberland stellte am 19. Januar 1931 fest: „Elektrizitätspolitik ist zwar etwas, was fast jeden im Land angeht, weil jeder in irgendeiner Form Strom verbraucht, aber das Interesse der großen Öffentlichkeit wird nur dann wach, wenn aus irgendwelchem Grunde Störungen eintreten und wenn Veränderungen im Strompreis gewünscht werden oder drohen. Die Tatsache, dass Württemberg in den letzten Jahrzehnten fast bis zum letzten Hause an ein im allgemeinen leistungsfähiges Elektrizitätswerk angeschlossen wurde und dass der Strom fernab von den Ländern der schwarzen und der weißen Kohle [Wasserkraft] relativ sehr billig ist, nimmt man als eine Selbstverständlichkeit hin.“⁵⁴

Am Sonntag, dem 26. Januar 1931, tagte im Freudenstädter Rathaussaal zum ersten Mal die Verwaltungskommission des vergrößerten Bezirksverbands OEW. Mit einem gemeinsamen Essen im Hotel Waldeck wurde die Ära des neuen Verbands eingeläutet: „Schließlich ergab sich noch Gelegenheit, dass die aus dem Oberland gekommenen Vertreter der OEW mit den neuen Mitarbeitern aus dem Schwarzwald und maßgebenden Vertretern aus Verwaltung und Wirtschaft der Stadt Freudenstadt einige Stunden im Hotel ‚Rappen‘ verbringen konnten. Dieses Zusammensein war durch seinen überaus

angenehmen Verlauf ein gutes Vorzeichen für weiteres gedeihliches Zusammenarbeiten in der Elektrizitätswirtschaft des Oberlandes und des Schwarzwaldes, eines Gebietes, das sich nunmehr erstreckt von der Iller bis zum Kniebis.⁵⁵ Die dezente Wortwahl verrät es: Auch in der Elektrizitätswirtschaft verstand man zu feiern.

<Abb.: Hotel Waldeck (Stadtarchiv Freudenstadt)>

Nach der Fusion ergab sich folgendes Bild der wirtschaftlichen Situation: Die OEW-Wirtschaftszahlen des Jahres 1931 verrieten auf der einen Seite die massiven Folgen der Wirtschaftskrise, denn der Stromverbrauch der Großabnehmer war um 21 % gesunken. Auf der anderen Seite hatte sich der Stromumsatz von 141,7 Mio. kWh (1930) auf 180 Mio. kWh im Jahr 1931 erhöht. 13 Mio. kWh entfielen dabei auf den einstigen Verband Heimbachkraftwerk, der Rest auf die Vorarlberger Illwerke.⁵⁶

Beitritt per Erlass: Rottweil

Im heutigen Landkreis Rottweil war in der Zeit der Industrialisierung das fließende Wasser wie andernorts auch ein bedeutender Standortfaktor. Bis zum Bau der Eisenbahnen in den Jahren nach 1867 wurde Wasserkraft vor allem mit Hilfe von Mühlrädern oder simplen Turbinen zur Energieerzeugung genutzt. Gleichwohl waren Hoch- und Niedrigwasser so lange entscheidend für die Produktion, bis sich als Energielieferant allmählich die Dampfmaschine durchsetzte. Diese ließ sich jedoch auf breiter Grundlage erst nutzen, als die Eisenbahn die notwendige Kohle transportieren konnte.⁵⁷

Ein Blick auf die Anfänge der kommunalen Stromversorgung im Landkreis Rottweil muss hier genügen. In Oberndorf errichtete die Waffenfabrik Mauser bereits 1896 ein Wasserkraftwerk, in dem nicht nur für das Unternehmen, sondern auch für die Stadt elektrischer Strom erzeugt wurde. Mit einem Elektrizitätswerk, das mit einem Dieselmotor angetrieben wurde, vergrößerte sich 1912 die Leistungsfähigkeit. 1925 ging das elektrische Leitungsnetz schließlich an die Stadt Oberndorf über.⁵⁸ Sehr früh, nämlich schon 1879, experimentierte in Schramberg Paul Landenberger in seiner Uhrenfabrik mit elektrischem Licht.⁵⁹ Das Elektrizitätswerk der Uhrenfabrik Gebrüder Junghans, einstmals die größte der Welt, lieferte seit 1892 den elektrischen Strom, mit dem sämtliche Arbeitsräume beleuchtet wurden. 1901 wurde in Schramberg die elektrische Straßenbeleuchtung in Betrieb genommen. 1897 war die wesentlich kleinere Stromversorgung des Gräflich von Bissingen'schen Mühl- und Dampfsägewerks an das Netz gegangen.⁶⁰ In Schiltach war es wiederum ein Unternehmer,

der die Stromversorgung der Stadt in die Hand nahm. Die Firma Karlin & Co. erzeugte in ihrem Kraftwerk in Lehengericht seit 1935 den Strom für Schiltach.⁶¹

Sulz erhielt sein städtisches Elektrizitätswerk im Jahr 1899. Der Stadtmüller Karl Dolmetsch betrieb die Beleuchtung des Rathauses und der Straßen bis 1912, als die Stadt Sulz die Stromversorgung übernahm.⁶² Am Marktplatz von Dornhan wurde 1906 ein Elektrizitätswerk erbaut, das bis Mitte der 1920er Jahre Strom lieferte.⁶³

Eine Mühle stand am Beginn der Rottweiler Elektrizitätsversorgung. Nachdem in den 1880er Jahren der Industrielle Max von Duttonhofer die Gasversorgung der Stadt erfolgreich aufgebaut hatte, waren es die Gebrüder Lang, die seit 1893 in ihrer Kunstmühle am Neckar elektrischen Strom erzeugten – ein Verfahren, das landauf, landab verbreitet war. Später nutzte die Stadt selbst die Kapazitäten der Lumpen- und Bruderschaftsmühle und erwarb die Lang'sche Mühle im Jahr 1921. Bereits seit 1912 bezog man zusätzliche Energie vom Kraftwerk Laufenburg, an dessen Stelle 1923 der Gemeindeverband Überlandwerk Tuttlingen trat.⁶⁴

<Abb.: EW Schwenningen innen und außen>

Die bis 1972 zum Landkreis Rottweil gehörende Industriestadt Schwenningen war ein Sonderfall. Hier wurde mitten in der Stadt anstelle der Zehntscheuer ein Elektrizitätswerk erbaut und im Oktober 1902 in Betrieb genommen. Die Initiative für das Werk ging vom Gemeinderat aus, wobei sich besonders Schwenninger Industrielle wie Erhard Schlenker und Richard Bürk für das Projekt stark machten. Zu Recht, wie sich bald herausstellte, denn das Werk war ein wirtschaftlicher Erfolg für die Stadt. Im zweiten Betriebsjahr waren schon 73 Motoren mit insgesamt 399 PS an das Stromnetz angeschlossen; im Rechnungsjahr 1916/17 belief sich diese Zahl auf 513 – ohne die Stromgroßabnehmer, die Uhrenfabriken Junghans und Haller. Die große Nachfrage nach elektrischem Strom ließ sich auf Dauer nur durch eine externe Stromlieferung befriedigen, was durch einen Vertrag der Stadt Schwenningen mit dem Kraftwerk Laufenburg vereinbart wurde. Erstmals im Frühjahr 1915 erhielten die Schwenninger elektrischen Strom aus der Schweiz. Seit Oktober 1921 wurde ein Dieselaggregat mit 420 PS Leistung angeschafft, um Stromspitzen abzudecken.⁶⁵

Der Bau des Kraftwerks Aistaig (1907) und vor allem das Heimbachkraftwerk in Bettenhausen, das zwischen 1921 und 1923 entstand, weisen über die lokale Versorgung mit Elektrizität hinaus. Diese Anlagen gehören in den Kontext der kommunalen Infrastruktur, die nach dem Ersten Weltkrieg aufgebaut wurde, und zu der Schulen und Straßen,

Kanalisationen ebenso wie Wasser-, Gas- und Stromleitungen gehörten, aber auch Schwimmbäder und Räume für kulturelle Veranstaltungen.⁶⁶

Die Anfänge des Überlandwerks Aistaig sind untrennbar mit der Gründung der Wasserversorgungsgruppe Kleiner Heuberg verbunden. Deren Pumpwerk wurde seit 1908 von einem Elektrizitätswerk mit Strom versorgt, das Überkapazitäten an andere Gemeinden abgab. 53 Kommunen schlossen sich 1913 zum Gemeindeverband Überlandwerk Aistaig zusammen, dem 1925 die Stadt Oberndorf beitrug. Auch hier wurde bald der Bau neuer Aggregate notwendig, da die Stromnachfrage laufend anstieg. Im Denkenhauser Tal bei Aistaig wurde zwischen 1920 und 1923 ein Wasserkraftwerk gebaut.⁶⁷

<Abb.: Überlandwerk Aistaig außen>

Seit Frühjahr 1935 verhandelte der Zweckverband Überlandwerk Aistaig mit den benachbarten Zweckverbänden OEW und Überlandwerk Tuttlingen über zwei Varianten: Zum einen erwog man eine Betriebsgemeinschaft, und zum anderen war eine Verschmelzung der Verbände im Gespräch. Das Überlandwerk Aistaig wollte seine Selbstständigkeit nur dann aufgeben, „wenn ein engeres Zusammengehen oder Zusammenschluß in volkswirtschaftlichem und elektrowirtschaftlichem Interesse liegt und für die Verbandsgemeinden und Stromabnehmer keine Nachteile, sondern künftige Vorteile, insbesondere Strompreismäßigungen, zu erwarten sind.“⁶⁸ Seit 1935 ist als treibende Kraft Oberregierungsrat Mosthaf vom Wirtschaftsministerium zu erkennen. Die Unterlagen zeigen, dass die OEW eindeutig nicht für eine Betriebsgemeinschaft, sondern für einen Zusammenschluss optierten. Zum einen verbesserten Netzzusammenschlüsse die Versorgungssicherheit, und zum anderen hätte Aistaig durch den schnell wachsenden Strombedarf bald neue Leitungen bauen müssen. Die OEW hatten Interesse, ihre Stromüberschüsse zu verkaufen, und da in Aistaig die Stromnachfrage kaum befriedigt werden konnte, war der Verband der beste Partner für die OEW.⁶⁹

<Abb.: Überlandwerk Aistaig innen>

In die Diskussion griff auch die NSDAP ein, deren Kreisleiter von Sulz, Rottweil und Spaichingen im Oktober 1935 eine Denkschrift zum Thema vorlegten. Sie beklagten bei einer Betriebsgemeinschaft den Verlust der Eigenständigkeit von Aistaig und optierten für die Erhaltung der Verbände: „Unsere württ. kleinen Gemeindeverbände für die Versorgung der Bevölkerung mit elektr. Arbeit haben sich aus den Bedürfnissen heraus entwickelt und sich immer den Verhältnissen bestens angepasst. Wir möchten behaupten, dass, wenn die kleinen Verbände in der Tarifgestaltung hier nicht immer beispielgebend vorgegangen

wären, wir nicht in Württemberg fast die niedersten Strompreise von Deutschland hätten.“⁷⁰ Am 10. Oktober 1935 wurde auf einer Sitzung des Gemeindegemeinschaftsverbands Aistaig das Thema „Betriebsgemeinschaft“ besprochen. Ein Teilnehmer vermerkte zusammenfassend, „dass die Gegner des Zusammenschlusses zwar keine wichtigen Gesichtspunkte gegen die Betriebsgemeinschaft aufzeigen konnten, dass aber trotz der überzeugenden Verhandlungsführung des H. ORegRats Mosthaf und der Darlegungen des Landrats von Balingen die gefühlsmässige Einstellung der übrigen Landräte und Kreisleiter stark gegen die Aufgabe der Selbständigkeit zur Geltung kam“. Fazit des Beobachters: „Ich habe nicht den Eindruck bekommen, dass sie gegen Schluss von der Notwendigkeit der Gemeinschaft überzeugt worden wären.“⁷¹

Im Herbst 1936 gingen dann Gerüchte um, dass der Zusammenschluss von OEW und Überlandwerk Aistaig bereits beschlossene Sache sei. Der Landrat in Sulz protestierte sofort beim württembergischen Innenminister: „Da – soviel mir bekannt ist – mit dem Zusammenschluß auch eine Verlegung der Verwaltung des Überlandwerks von Aistaig nach Balingen geplant ist, so würde der Kreis Sulz einen unermesslichen Schaden erleiden [...]. [...] ich möchte heute noch einmal besonders darauf hinweisen, dass die Leistungsfähigkeit des Kreises Sulz dadurch ganz erheblich vermindert würde.“⁷² Gleichwohl war die Sache soweit noch nicht gediehen – das Innenministerium glättete die hohen Wogen durch die Mitteilung, dass der Zusammenschluss um ein halbes Jahr aufgeschoben worden sei.⁷³ Letztlich kam es nicht zu dem Zusammenschluss zwischen Aistaig und den OEW. Der Gemeindeverband blieb selbstständig.⁷⁴

Im Zuge der Zwangsfusion der württembergischen Elektrizitätsunternehmen ging der Gemeindeverband Überlandwerk Aistaig schließlich 1939 in der Energie-Versorgung Schwaben auf.

Der Beitritt des Kreises Rottweil zu den OEW steht hier für ein unkompliziertes Prozedere. Zur Vorgeschichte muss man wissen, dass im nationalsozialistischen Staat 1933 die Amtsversammlungen und Bezirksräte aufgelöst worden waren. Deren Befugnisse nahm fortan nach den Bedingungen des NS-Führerprinzips der Landrat wahr. Mit der Kreisordnung vom 27. Januar 1934 wurden die Oberämter in Kreise umbenannt, die Amtskörperschaft zum Kreisverband. An die Stelle der Kreisversammlung trat der Kreistag, und für den Bezirksrat richtete man einen Kreisrat ein. Zum 1. Oktober 1938 wurden in Württemberg 27 Landkreise aufgehoben und das Land in 34 Land- und drei Stadtkreise eingeteilt. Die Auflösung der Kreise Sulz und Oberndorf brachte dem Kreis Rottweil erhebliche Zugewinne.⁷⁵

Schon Monate zuvor, am 11. Juni 1938, hatte OEW-Vorstand Ferdinand Frauer den Landrat von Rottweil darauf hingewiesen, dass mit der neuen Kreiseinteilung etliche Gemeinden des Kreises Oberndorf – der zu den OEW zählte –, nunmehr dem Kreis Rottweil angehörten. Konkret bedeutete dies, dass 16 Gemeinden mit über 28.000 Einwohnern von den OEW versorgt wurden. Frauer forderte den Landrat auf, als logische Konsequenz aus diesem Tatbestand den Beitritt des Kreises Rottweil zum Zweckverband OEW in die Wege zu leiten und begründete dies mit dem Gesetz über die Landeseinteilung vom 25. April 1938.⁷⁶

<Abb.: Originalschreiben in: KA Rottweil, Az. 1851, Bü 7, dsc 03947>

Wenige Tage später ging in Rottweil dann ein Schreiben der Stuttgarter Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung ein. Als Rechtsnachfolger des Kreises Oberndorf trete Rottweil gewissermaßen automatisch zum 1. Oktober 1938 in die OEW ein; ein formeller Beitritt sei damit nicht mehr nötig.⁷⁷ Es dauerte aber dann doch einige Zeit, bis Klarheit geschaffen war. Am 19. Oktober 1938 unterschrieb der Rottweiler Landrat Regelman den Beschluss, „dass der Kreisverband Rottweil als Rechtsnachfolger des Kreisverbands Oberndorf Mitglied der OEW. ist“. Somit gehörte der Kreis Rottweil offiziell zu den OEW.⁷⁸ Damit bestanden die OEW kurz vor dem Zweiten Weltkrieg aus den Kreisverbänden Balingen, Biberach, Ehingen, Freudenstadt, Horb, Münsingen, Ravensburg, Reutlingen, Rottweil, Saulgau, Tettnang, Landkreis Ulm, Wangen, Hechingen und Sigmaringen.⁷⁹ 814.047 Einwohner wurden nunmehr von der EVS mit elektrischem Strom versorgt.⁸⁰

Zusammenfassung

Die Modalitäten des Beitritts der untersuchten Bezirke zu den OEW fielen durchaus unterschiedlich aus. Zwischen 1910 und 1938 reichte das Spektrum von der aktiven Rolle der hohenzollerischen Kommunen in den Gründungsjahren der OEW über die aufwändige und öffentlich viel kommentierte Verknüpfung zwischen OEW und Heimbachkraftwerk bis hin zum „von oben“ dekretierten Anschluss des Kreises Rottweil. Waren die aus kleinsten Anfängen entstandenen Oberschwäbischen Elektrizitätswerke ein Selbstläufer geworden, der zum Wachstum verdammt war?

Nicht selten hegten die Verbände, Oberämter und Kreise gewisse Vorbehalte gegenüber dem starken Partner OEW. Energiepolitische Motive und marktpolitische Argumente spielten ebenso eine große Rolle.

Viele der Streitpunkte dieser Jahre sind längst Geschichte. Im Endeffekt handelt es sich um eine Erfolgsgeschichte, wenn die Landkreise Freudenstadt, Reutlingen, Rottweil, Sigmaringen und Zollernalbkreis heute immerhin 30,252 % der Anteile an den OEW halten.⁸¹

¹Anmerkungen

[%] Oberschwäbische Elektrizitätswerke 1909–1939, S. 7. Für die freundliche Unterstützung habe ich dem Wirtschaftsarchiv Baden-Württemberg, Herrn Dr. Martin Burkhardt sowie dem Kreisarchiv Rottweil zu danken.

²Grees 1996, S. 344, sowie Sigmaringendorf 2002, S. 158–162.

³Vgl. dazu Kallenberg 1996.

⁴Grees 1996, S. 323 und 330f.

⁵Diemer 2001, S. 14–17. Diemer erwähnt eine Broschüre fast gleichen Namens von Februar 1908. Diese trägt einen etwas anderen Titel: „Zur Frage der Errichtung einer großen elektrischen Ueberlandzentrale auf genossenschaftlichem Wege für die württembergischen Bezirke Biberach, Blaubeuren, Ehingen, Laupheim, Leutkirch, Münsingen und Riedlingen, die bayerischen Bezirke Illertissen und Memmingen sowie Gammertingen (Hohenzollern)“. Hier liegt vermutlich eine spätere Fassung ohne die bayerischen Bezirke vor.

⁶Wirtschaftsarchiv Baden-Württemberg, Stuttgart-Hohenheim (WABW), 2010, Bü 62. Ueberlandzentrale 1908.

⁷Leiner 1982–1985, Bd. 2,1, S. 74–77.

⁸Ueberlandzentrale 1908, S. 15.

⁹WABW, 2010, Bü 62. [Protokoll der ersten Sitzung des Gesamtausschusses der Ulmer und der Munderkinger Gruppe vom 11.7.1908].

¹⁰WABW, 2010, Bü 957. Schreiben des Königlichen Oberamtmanns in den Hohenzollerschen Landen an die OEW, 16.7.1910.

¹¹WABW, 2010, Bü 957. Undatierte Übersicht [1910].

¹²Grees 1996, S. 335f.

¹³WABW, 2010, Bü 957. Übersicht vom Juni 1910.

¹⁴Grees 1996, S. 336.

¹⁵Grees 1996, S. 344.

¹⁶WABW, 2010, Bü 539. Hohenzollerische Volks-Zeitung vom 27.12.1911. Ausschnitt. Sperrungen im Original.

¹⁷WABW, 2010, Bü 539. Schreiben OEW, Bockshammer, an den Oberamtmann in Sigmaringen, 29.12.1911. Abschrift.

¹⁸WABW, 2010, Bü 539. Schreiben Handelskammer Sigmaringen an Regierungsrat Longard, Vorsitzender des Amtsausschusses in Sigmaringen, 22.8.1912. Abschrift. Hervorhebungen im Original.

¹⁹WABW, 2010, Bü 539. Schreiben OEW, Bockshammer, an den Oberamtmann in Sigmaringen, 24.8.1912. Abschrift.

²⁰WABW, 2010, Bü 539. Aktennotiz vom 30.8.1912. Abschrift.

- ²¹WABW, 2010, Bü 539. Hohenzollerische Volks-Zeitung vom 13.9.1912. Ausschnitt.
- ²²WABW, 2010, Bü 539. Schreiben Albert Kaiser an die OEW, 1.5.1912. Abschrift.
- ²³WABW, 2010, Bü 539. Schreiben OEW an Hofmarschall von Wangenheim, 6.9.1912. Durchschlag.
- ²⁴WABW, 2010, Bü 539. Protokoll der Amtsversammlung des Oberamtsbezirks Sigmaringen vom 14.7.1913.
- ²⁵WABW, 2010, Bü 539. Schreiben OEW an Regierungsrat Longard, Sigmaringen, 15.7.1913. Durchschlag.
- ²⁶WABW, 2010, Bü 539. Schreiben OEW, Bockshammer, an den Oberamtmann in Sigmaringen, 1.8.1913. Abschrift.
- ²⁷Grees 1996, S. 343.
- ²⁸WABW, 2010, Bü 532. Aktennotiz vom 20.7.1910.
- ²⁹WABW, 2010, Bü 535. Protokoll Sitzung des Verwaltungsrates vom 26.8.1920.
- ³⁰WABW, 2010, Bü 59. Schreiben OEW an die Oberämter, 21.12.1920. Durchschlag.
- ³¹WABW, 2010, 535. Protokoll Sitzung der Amtsversammlung des Amtsbezirks Urach vom 16.6.1920. Auszug.
- ³²WABW, 2010, Bü 59. Schreiben OEW an die Oberämter, 21.12.1920. Durchschlag.
- ³³WABW, 2010, 535. Protokoll Sitzung der Amtsversammlung Urach vom 18.12.1920. Auszug.
- ³⁴WABW, 2010, 535. Schreiben OEW an die Oberämter Biberach, Blaubeuren, Ehingen, Laupheim, Leutkirch, Münsingen, Ravensburg, Saulgau, Tettnang, Waldsee und Wangen. Undatiert.
- ³⁵Leiner 1982–1985, Bd. 2,2, S. 339–342.
- ³⁶Zusammenschluss der Bezirksverbände Oberschwäbische Elektrizitätswerke und Heimbachkraftwerk. In: O.E.W.-Zeitung 1931, Nr.1, Jan./Febr. 1931, S. 1f.
- ³⁷WABW, 2010, Bü 65. Niederschrift über Vorbesprechung zwecks Gründung einer Gesellschaft m. b. H. zwischen Bezirksverband OEW, Stromverband Jagstkreis, Bezirksverband Heimbachkraftwerk vom 12.7.1929.
- ³⁸Staatsarchiv Ludwigsburg (StAL), E 180 II, Bü 2285. Bezirksverband OEW. Übersicht über die Entwicklung in den Jahren 1924 bis 1927, Februar 1928.
- ³⁹StAL, E 180 II, Bü 2284. Bezirksverband OEW. Beschlüsse des Verwaltungsrats vom 6.3.1922.
- ⁴⁰WABW, 2010, Bü 527. Aktennotiz vom 8.5.1927.
- ⁴¹WABW, 2010, Bü 527. Bezirksverband OEW. Niederschrift über die 63. Sitzung der Verwaltungskommission vom 30.11.1929.
- ⁴²WABW, 2010, Bü 527. Siehe dazu die Stellungnahme des OEW-Vorsitzenden von Stauffenberg vom 31.3.1930.
- ⁴³WABW, 2010, Bü 527. Württ. Elektrizitätspolitik. In: Schwäbischer Merkur vom 3.4.1930.
- ⁴⁴Kreisarchiv Rottweil (KAR), A II OB, Az. 1851, Bü 8. Jahresbericht des Bezirksverbands Heimbachkraftwerk, 1.5.1930.

- ⁴⁵WABW, 2010, Bü 65. Niederschrift über Vorbesprechung zwecks Gründung einer Gesellschaft m. b. H. zwischen Bezirksverband OEW, Stromverband Jagstkreis und Bezirksverband Heimbachkraftwerk vom 12.7.1929.
- ⁴⁶WABW, 2010, Bü 69. Gesellschaftsvertrag. Vorbemerkung. Besprochen in Stuttgart am 8.10.1929.
- ⁴⁷WABW, 2010, Bü 527. Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung an den Vorsitzenden des Bezirksverbands Heimbachkraftwerk, 27.11.1929. Abschrift.
- ⁴⁸Zusammenschluß des Heimbachkraftwerks mit OEW. beschlossen. In: Der Grenzer vom 14.6.1930.
- ⁴⁹WABW, 2010, Bü 69. Vereinbarung zwischen dem Bezirksverband Heimbachkraftwerk in Freudenstadt [...] und dem Bezirksverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke in Biberach [...], 17.6.1930. Vgl. dazu ebenfalls das Protokoll über die Abstimmung der vier Amtskörperschaften Oberndorf, Freudenstadt, Horb und Sulz am 13.6.1930. StAL, E 180 II, Bü 2286.
- ⁵⁰Zusammenschluß der Bezirksverbände Oberschwäbische Elektrizitätswerke und Heimbachkraftwerk. In: O.E.W.-Zeitung 1931, Nr.1, Jan./Febr. 1931, S. 1f.
- ⁵¹WABW, 2010, Bü 70. Zusammenschluß in der Elektrizitätswirtschaft. In: Anzeiger vom Oberland vom 19.1.1931.
- ⁵²Zusammenschluß der Bezirksverbände Oberschwäbische Elektrizitätswerke und Heimbachkraftwerk. In: O.E.W.-Zeitung 1931, Nr. 1, Jan./Febr. 1931, S. 1f.
- ⁵³WABW, 2010, Bü 69. Zusammenschluss von OEW und HKW. Vergleichszahlen, 5.5.1930.
- ⁵⁴WABW, 2010, Bü 70. Zusammenschluß in der Elektrizitätswirtschaft. In: Anzeiger vom Oberland vom 19.1.1931.
- ⁵⁵WABW, 2010, Bü 70. Bezirksverband Oberschwäbischer Elektrizitätswerke – Heimbachkraftwerk. In: Schwarzwälder Bote vom 27.1.1931.
- ⁵⁶WABW, 2010, Bü 912. Aus der Verbandsversammlung des Bezirksverbandes. In: O.E.W.-Zeitung 1932, Nr. 5, Sept./Okt. 1932, S. 50.
- ⁵⁷Landkreis Rottweil 2004, Bd. 1, S. 134f.
- ⁵⁸Landkreis Rottweil 2004, Bd. 2, S. 54 und 59.
- ⁵⁹Schramberg 2004, S. 214.
- ⁶⁰K. Ministerium des Inneren, Abteilung für Straßen- und Wasserbau: Zusammenstellung der Elektrizitätswerke Württembergs (Anlage zum Verwaltungsbericht für die Rechnungsjahre 1911 und 1912), Stuttgart 1913, S. 16.
- ⁶¹Landkreis Rottweil 2004, Bd. 2, S. 186.
- ⁶²Landkreis Rottweil 2004, Bd. 2, S. 271f.
- ⁶³Dornhan 1993, S. 32.
- ⁶⁴Landkreis Rottweil 2004, Bd. 2, S. 129f.
- ⁶⁵Lächele 2006, S. 19–30.
- ⁶⁶Landkreis Rottweil 2004, Bd. 1, S. 139.

⁶⁷Landkreis Rottweil 2004, Bd. 2, S. 54 und 59.

⁶⁸KAR, A II OB, Az. 1851, Bü 7. Zweckverband Überlandwerk Aistaig. Bericht und Rechnungsabschluß 1935.

⁶⁹KAR, A II OB, Az. 1851, Bü 7. Schreiben Frauer, Christaller an Oberregierungsrat Mosthaf, Stuttgart, 15.6.1935. Abschrift.

⁷⁰KAR, A II RO, Az. 1851, Bü 7. Denkschrift vom 7.10.1935.

⁷¹KAR, A II OB, Az. 1851, Bü 7. Schreiben Schad an den Oberamtsvorstand von Oberndorf, 11.10.1935.

⁷²KAR, A II SU, Az. 3225, 3, Bü 83. Schreiben des Landrats in Sulz an den Innenminister, 28.10.1936. Durchschlag.

⁷³KAR, A II SU, Az. 3225, 3, Bü 83. Aktennotiz vom 16.11.1936.

⁷⁴Vgl. dazu die erhellenden Einlassungen in Leiner 1982–1985, Bd. 2, 2, S. 408-415.

⁷⁵Landkreis Rottweil 2002, S. 23-25.

⁷⁶WABW, 2010, Bü 541. Schreiben Frauer an den Landrat von Rottweil, 11.6.1938. Durchschlag.

⁷⁷WABW, 2010, Bü 541. Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung, Stuttgart, an den Landrat in Rottweil, 25.6.1938, Abschrift. Das Original des Schreibens liegt in KAR, A III RO, Az. 1851, Bü 10.

⁷⁸WABW, 2010, Bü 541. Schreiben Landrat von Rottweil an Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung, Stuttgart, 28.12.1938. Abschrift. Das Original des Beschlusses findet sich in KAR, A III RO, Az. 1851, Bü 10.

⁷⁹WABW, 2010, Bü 541. Aktennotiz der EVS vom 12.7.1939.

⁸⁰WABW, 2010, Bü 541. Aktennotiz der EVS vom 27.7.1939.

⁸¹Diemer 2001, S. 91.